

KREIS-INFO

Februar 2016

www.spd-rd-eck.de

Jahresempfang 2016

Rund 200 Gäste waren zum traditionellen Jahresempfang des SPD-Kreisverbandes und der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde in das „Regionale Bürgerzentrum“ nach Büdelsdorf gekommen.

Kai Dolgner, der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, stellte in seiner Begrüßung heraus, dass bei all den unterschiedlichen politischen Meinungen die Herausforderungen des letzten Jahres in unserem Kreis hervorragend gemeistert wurden und er optimistisch in das Jahr 2016 blickt.

Ministerpräsident Torsten Albig sprach in erster Linie über die aktuellen Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik. „Lasst uns weiter ein gutes Beispiel sein“, forderte er in seiner Rede. Er sieht es als Aufgabe der SPD, um Humanität und nicht um Populismus zu werben. „Gerade in der jetzigen Zeit ist es umso wichtiger, Flagge zu zeigen und wählen zu gehen und nicht zuhause zu bleiben, nur weil das Wetter gerade schlecht ist“, so Albig.

Der Landesvorsitzende Ralf Stegner hatte die Aufgabe übernommen, die ehemalige Landtagsabgeordnete Rosemarie Fleck für 50 Jahre Mitgliedschaft in der SPD und mit der höchsten Auszeichnung, die die SPD zu verleihen hat, der Willy-Brandt-Medaille zu ehren. Sie habe es schon immer als falsch empfunden, dass Menschen, die hauptamtlich nur ihre Pflicht tun und dafür eigentlich gut bezahlt werden, Orden und Ehrenzeichen verliehen bekommen. „Heute ist sie allerdings lange aus dem be-



Foto: Gerd Finke

Begleitet von ihrem Sohn Andreas erhielt Rosemarie Fleck die Willy-Brandt-Medaille - überreicht durch den Landtagsabgeordneten und stellv. Parteivorsitzenden Ralf Stegner

zahlten Amt. Deshalb wird sie sicher erlauben, sie nun endlich für ihr besonderes Engagement zu ehren“, so Stegner.

„Ich bin dankbar, in meinem hohen Alter Bestätigung zu finden, dass der Weg, den ich gegangen bin, richtig gewesen ist“, erklärte Rosemarie Fleck.

Schließlich wurden durch den Kreisvorsitzenden Sönke Rix weitere Ehrungen von Neumitgliedern und für langjährige Mitgliedschaften in der SPD vorgenommen. Für 60 Jahre wurde Werner Heb sowie mehrere Genossinnen und Genossen für 50 und 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt.

Eine weitere Auszeichnung in Form der Schleswig-Holstein-Medaille wurde an Horst Kownatzki verliehen. „Er war 25 Jahre Vorsitzender des Ortsvereins Fleckeby und hat diesen stets erfolg-

reich vorangebracht“, erläuterte Rix.

Am Ende konnte durch die großzügige Planung des Caterings noch ein Teil der angebotenen Suppen an das Flüchtlingsheim in Owschlag gespendet werden.

Iris Ploog
Beisitzerin im Kreisvorstand

SPD-KREIS-INFO

Hrsg. / Verantwortlich für den Inhalt:
SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde.
Sönke Rix, Götz Borchert
Nienstadtstraße 10
24768 Rendsburg

Redaktion:

G. Borchert (GB), J. Strack (JS), H. Ulbrand (HU),
P. Bräutigam (PB)

Layout: Klaus Georg

Tel.: 04331-4374602 **Fax:** 04331-4374603

Mail: kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de



Foto: Gerd Finke



Foto: Gerd Finke



Foto: Gerd Finke



Foto: Gerd Finke

Unser Partei in ihrer vollen Vielfalt - Auszeichnungen für langjährige Genossinnen und Genossen sowie Begrüßungsgeschenke für Neumitglieder.

Wie man's macht - hat Horst Kownatzki über viele Jahre als sehr aktiver Ortsvereinsvorsitzender in Fleckeby gezeigt. Dort ist er jetzt Ehrevorsitzender und erhielt von uns die Schleswig-Holstein-Medaille als Anerkennung seines Engagements.

Zu den Rednern beim Jahresempfang gehörten der Landtagsabgeordnete und stellv. Parteivorsitzende Ralf Stegner sowie unser Ministerpräsident Torsten Albig (hier gemeinsam mit dem Gastgeber: Kreistagsfraktionsvorsitzender Kai Dolgner, MdL, und der Kreisvorsitzende Sönke Rix, MdB



Foto: Gerd Finke

Was läuft falsch bei der Rente ?

Sinkendes Rentenniveau führt in die Altersarmut

Nicht nur der DGB und die Sozialverbände liegen mit ihrer Meinung richtig, dass sich die Neurenten seit Jahren im Sinkflug bewegen.

Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ein Leben lang in die Rentenkasse einzahlen und deren Rentenanspruch dennoch unter der Grundversicherung im Alter liegt, steigt stetig an.

Zwei Gesprächsrunden beziehungsweise Veranstaltungen der AG 60 plus im Jahr 2015 mit der Rentenversicherung Bund, dem DGB und den Seniorenberatern haben uns in dieser Auffassung bestätigt.

Das Rentenniveau liegt derzeit bei 48

Prozent und wird bis 2030 auf 43 Prozent sinken. Bei diesem Niveau droht auch für Durchschnittsverdiener der soziale Abstieg.



Hans Peter Robin,
AG 60 plus

„Wir wollen ein Rentensystem, das Menschen im Alter erlaubt, gut zu leben und ihnen der Weg zum Sozialamt erspart bleibt“, ergänzt Hans Peter Robin - Kreisvorsitzender der AG 60 plus des SPD KV RD/ECK.

Der Grund für das Absinken der Renten liegt insbesondere in der Beschneidung der Renten zugunsten der privaten Ergänzungen (Riester/Rürup). Diejenigen, die darauf angewiesen wären können sich die private Säule nicht leisten und diejenigen, die sich es leisten können

sind darauf nicht angewiesen.

Ein weiteres Absinken des Rentenniveaus muss dringend gestoppt, es sollte auf 50 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns angehoben und dort eingefroren werden.

Die Seniorinnen und Senioren in der Kreis-SPD verweisen mit Recht auf das Vorwort im Positionspapier „Mehr Gerechtigkeit wagen“.

Zitat: **Gerechtigkeit ist der Identitäts- und Markenkern der Sozialdemokratie !**

Hans Peter Robin,
Kreisvorsitzender AG 60 plus

Neujahrsempfang in Altenholz

Carlo Ehrich tritt erneut an

Bereits auf ihrer Mitgliederversammlung hatte die SPD den Bürgermeister Carlo Ehrich als Kandidaten für die diesjährige Wahl nominiert. Auf dem Neujahrsempfang des Ortsvereins zog Carlo Bilanz seiner Amtszeit.

In den Mittelpunkt stellte er seine Ausführungen über die geplanten Flüchtlingsunterbringungen, den Ortskern in Altenholz-Stift und den Ausbau der Kinderbetreuung.

Die Ortsvereinsvorsitzende Karin Pfaff ehrte im Anschluss gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Serpil Midyatli und dem Bürgervorsteher Wolfgang Weiß langjährige Mitglieder:

Wolfgang Rohr und Annegret Pöppe sind seit 25 Jahren SPD-Mitglied, Otto Gripp ist seit 40 und Fritz-Bodo Nitzer sogar seit 50 Jahren dabei. Wir danken euch für das Engagement und freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit!

GB



(v.l.) Bürgermeister Carlo Ehrich tritt zur Wiederwahl an und wird unterstützt von Bürgervorsteher Wolfgang Weiß, dem Fraktionsvorsitzenden Ingo Baasch und der Ortsvereinsvorsitzenden Karin Pfaff.

Kosten der Unterkunft Sache des Kreises

Sozialausschuss wird Aktualisierung der jetzigen Richtlinie beraten

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Kreistages Rendsburg-Eckernförde beschloss in seiner Sitzung am 26. April 2012 einstimmig, ein sogenanntes „schlüssiges Konzept“ extern erstellen zu lassen, um Rechtssicherheit bei der Vergabe der Kosten der Unterkunft und ihrer Berechnung zu erhalten. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde ist Träger der Leistungen für die Unterkunft sowohl nach dem SGB XII (Sozialgesetzbuch) als auch nach dem SGB II. Der Ausschuss befasste sich in seinen Sitzungen am 23. Januar 2014 und 08. Mai 2014 ausführlich mit den Ergebnissen der Expertise und beschloss damals die bis heute gültigen Richtwerte.

Kosten der Unterkunft (KdU) werden gewährt, „in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen, soweit diese angemessen sind“. Bisher wurden Nebenkosten gesondert betrachtet. Dieses soll unter anderem nun geändert werden. Vermieter waren zum Beispiel dazu übergegangen, die Grundmiete auf das Niveau der anerkannten KdU herunter zu setzen und gleichzeitig die Nebenkosten herauf zu setzen. Mieten schienen günstig zu sein, waren es oft tatsächlich

aber nicht. Höhere Mieten können dann gerechtfertigt sein und sollen in Zukunft zum Beispiel auch, innerhalb der von den dann neu erstellten Richtwerten vorgeschriebenen Grenzen, anerkannt werden, wenn die Nebenkosten zum Beispiel durch Wärmedämmung und andere energetische Maßnahmen günstig sind.

Was unter „angemessen“ zu verstehen ist, wird unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten vor Ort durch das „schlüssige Konzept“ festgelegt. Dabei sind nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes die aktuellen Verhältnisse des örtlichen Wohnungsmarktes zu berücksichtigen und anerkannte mathematisch-statistische Grundsätze einzuhalten. Dazu zählen auch Richtwerte für die Prüfung der abstrakten Angemessenheit von Unterkunftskosten (Nettokaltmiete ohne Betriebs- und Heizkosten).

Da sich die Vermietungspraxis mit der „Verpreislichung“ von Miete und Nebenkosten in den vergangenen Jahren sowie der Mietmarkt insgesamt vermutlich erheblich geändert haben, ist



Ulrich Kaminski, sozialpolitischer Sprecher der SPD Kreistagsfraktion

die Revision der bestehenden Richtwerte dringend erforderlich. Für die BezieherInnen von Transferleistungen wird sich dieses positiv auswirken, dem Haushalt des Kreises wird die Neuberechnung vermutlich zusätzliche Kosten verursachen, wobei bei der Planung des Haushaltes 2016 bereits steigende Kosten (um etwa 2 Millionen Euro auf rund 35 Millionen Euro) veranschlagt wurden.

Ulrich Kaminski,
sozialpolitischer Sprecher der SPD Kreistagsfraktion

Genossinnen im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Vernetzen, Gestalten, Aktiv sein

Dass unser Kreis viele kluge, interessante und politisch versierte Genossinnen aller Altersstufen her-

vorbringt, zeigt sich nicht zuletzt an den Frauen*, die die Belange des Kreises in Europa, im Land, auf kommunaler Ebene und im Kreisvorstand vertreten. Trotzdem verrät ein Blick in die kommunalen Parlamente, dass es, ebenso wie in anderen Kreisen, auch bei uns noch viel zu tun gibt.

Auch ernsthafte Bemühungen vieler Verantwort-

licher bei der Besetzung von Wahllisten oder die gezielte Suche nach Kandidatinnen für Ämter und Mandate, konnten in den letzten Jahren leider nur wenig bewirken. Dass dies nicht daran liegen kann, dass es keine für politische Arbeit geeigneten Frauen* in unserem Kreis gibt, liegt auf der Hand. Nein, es ist eher anzunehmen, dass sie bisher nicht sichtbar oder nicht aktiv sind oder schlicht keine Vorstellung davon haben, dass gerade sie gebraucht werden. Wie



können wir das ändern?

In seiner Januarsitzung hat sich der Kreisvorstand der SPD Rendsburg-Eckernförde ausdrücklich dafür ausgesprochen, Frauen* im Kreis aktiv zu fördern. Das Projekt wird von mir (Christiane Buhl) koordiniert und von anderen Genossinnen und Genossen des Kreisvorstands und der Kreistagsfraktion unterstützt. Sich vernetzen,

Politik mit gestalten, aktiv sein in unserem Kreis und nicht zuletzt andere Genossinnen kennenlernen und Spaß haben – das sind die Bausteine, aus denen politische Strukturen entstehen. Und solche Strukturen aufzubauen, möchte ich mit Eurer Unterstützung versuchen!

Wenn Ihr also Interesse habt, Euch an diesem Prozess aktiv zu beteiligen,

wenn Ihr frauen*- oder gleichstellungspolitische Anliegen habt, wenn Ihr Eure Ideen in diesem Bereich einbringen möchtet oder mir einfach sagen wollt „Gute Idee, ich bin dabei!“, dann meldet Euch ganz einfach bei mir unter der Email-Adresse: Christiane.Buhl@spd-rd-eck.de

Ich freu mich drauf!

Christiane A. Buhl,
Kreisvorstandsmitglied

Neues Arbeitsmarktprogramm vom Jobcenter

Im Beirat und in der Trägerversammlung unseres Jobcenters Rendsburg-Eckernförde wird in den kommenden Wochen das neue „Arbeitsmarktprogramm 2016“ beraten. Damit werden die geschäftspolitischen Ziele und Schwerpunkte für das Jahr 2016 festgelegt. Das Programm benennt die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und macht Aussagen zu der Arbeitsmarktentwicklung und der Situation der Leistungsberechtigten, die in eine Beschäftigung beziehungsweise Qualifizierung vermittelt werden sollen.

Die größte Herausforderung für das Jobcenter wird in 2016 die Flüchtlingsproblematik sein. Neben dem Leistungsbereich mit der Gewährung von Leistungen zur Grundversicherung und Kosten der Unterkunft wird der Bereich Markt und Integration vor ganz neuen Herausforderungen im Hinblick auf Sprachkenntnisse, Sprachvermittlung, Vergleichbarkeit von Schul- und Ausbildungsabschlüssen und Entwicklung entsprechender Eingliederungs- und Vermittlungshilfen stehen. Aufgrund der gesetzlichen Regelungen werden mehr als zwei Drittel der arbeitslosen Flüchtlinge im Sozialgesetzbuch (SGB) II betreut.

Zum Jahresende wuchs durch die Flüchtlingszuwanderung der Bestand an „erwachsenen Leistungsbezie-

hern“ (eLB) im Jobcenter deutlich an. In 2016 wird mit einer deutlichen Wachstumsrate (+5,9 Prozent) in Schleswig-Holstein gerechnet. Damit fällt der prognostizierte Anstieg in Schleswig-Holstein deutlich stärker als in Deutschland mit +4,4 Prozent aus. Schleswig-Holstein hat im vergangenen Jahr mehr Flüchtlinge aufgenommen als die „Grande Nation“ Frankreich!

Gut ist in dieser Situation, dass die

„Der regionale Arbeitsmarkt besteht im Kreisgebiet aus sehr heterogenen Teilräumen (Stadt Rendsburg, ländliche Bereiche, Gebiete mit starkem saisonalem Bezug, unmittelbare Nähe zur Landeshauptstadt) Das Gastgewerbe in der Region Eckernförde und Damp ist von großer Relevanz. Der Tourismus nimmt immer mehr an Bedeutung zu. Neben Fachkräften werden in diesem Teilarbeitsmarkt saisonal auch verstärkt Hilfskräfte nachgefragt.“

Arbeitsmarktprogramm 2016

Damit werden die geschäftspolitischen Ziele und Schwerpunkte für das Jahr 2016 festgelegt.

Wirtschaft in Schleswig-Holstein in 2015 ihr Wachstum fortgesetzt hat. Für 2016 erwartet das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) ein erneutes Wachstum des BIP (Brutto-Inlands-Produkt) um 1,8 Prozent. Dieses hat Auswirkungen auf die Beschäftigungsquote. Die Anzahl der Beschäftigten nahm weiter zu und wird vermutlich weiter zunehmen, so dass Jobsuchende vermittelt werden können.

Das vorgelegte Arbeitsmarktprogramm führt zur Situation im Kreisgebiet weiter aus:

Das Gesundheits- und Sozialwesen hat einen leichten Zuwachs zu verzeichnen. Die Nachfrage nach Pflegefachkräften ist sehr hoch. Dabei ist die regionale Mobilität und Flexibilität betreffend der angebotenen Arbeitszeiten bei den Arbeitssuchenden entscheidend. Helferstellen werden von den Arbeitgebern kaum angeboten. Aufgrund der in 2016 kommenden generalisierten Pflegeausbildung befürchten die Arbeitgeber, ihr Personal an die Krankenhäuser zu verlieren. Der Handel hat im Kreisgebiet eine geringere Bedeutung als in der Stadt Neumünster. Während der Handel in Neumünster im Wachstum bleibt, verliert die Stadt Rendsburg durch Geschäftsschließungen weiterhin deutlich an Wettbewerbsfähigkeit.

Zusätzlich zu den Leitbranchen stehen auch die Bereiche Verkehr/La-

ger/Logistik und das Verarbeitende Gewerbe im Fokus. Vor allem für an- und ungelernte Kräfte bietet der Bereich Verkehr/Lager/Logistik gute Beschäftigungschancen. Die Nachfrageseite bei den Berufskraftfahrern ist weiterhin steigend, auch im Hinblick auf den Nahverkehr. Arbeitgeber sind immer öfter bereit, Berufsanfänger oder weniger passgenaue Bewerber einzustellen.

Im verarbeitenden Gewerbe bestehen gute Beschäftigungschancen für Kräfte mit Fachkenntnissen. Die vorhandenen Betriebe sind aufgrund ihrer Produktpalette meist exportabhängig, so dass sich weltwirtschaftliche Entwicklungen besonders auswirken können.“

Wir haben das Jobcenter personell

für 2016 besser aufgestellt. Ob die neuen Ressourcen ausreichen, wird sich in der Praxis zeigen. Die Rahmenbedingungen sind durchaus positiv, so dass unser Jobcenter seinen Beitrag zur Integration von arbeitslosen Menschen einschließlich der arbeitslosen Flüchtlinge leisten kann.

Ulrich Kaminski

sozialpolitischer Sprecher der SPD Kreistagsfraktion

Kreisvorstand besucht Kronshagen

Robert Schall auf gutem Weg ins Bürgermeisteramt

Im Januar war der Kreisvorstand Gast in Kronshagen. Der Vorsitzende Dr. Johannes Reimann und die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gunnar Heintze und Wolfgang Weskamp berichteten aus ihrer Arbeit. Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, Planungen rund um einen Ortskern, Kooperationen mit der Stadt Kiel oder auch Flüchtlingsunterbringungen - die drei wussten die sozialdemokratische Handschrift in der Gemeindepolitik darzustellen. Beeindruckt zeigt sich der Kreisvorstand auch über die Einrichtung eines CarSharings beim Rathaus.

Robert Schall, Kreisvorstandsmitglied



und Bürgermeisterkandidat, stellte seine Kampagne und seine Überlegungen für die Zukunft Kronshagens dar. Kompetent und mit viel Leidenschaft begründete Robert seine Kan-

didatur. Der Kreisvorstand drückt ihm für die Wahl am 21. Februar die Daumen - für Mehr Kronshagen!

GB

Ortsbegehung und Grünkohl in Dänischenhagen

Seit einigen Jahren ist es feste Tradition: Anfang des Jahres macht sich die SPD Dänischenhagen auf zur sonntäglichen Ortsbegehung mit anschließender Stärkung beim Grünkohlessen. Zahlreiche Bauvorhaben standen dieses Mal im Zentrum der Wander-Route: Ob neue Mietwohnungen, die Zukunft des Landgasthofes „Zur Eiche“, ein Neubaugebiet oder auch die Flüchtlingsunterbringung im Dorfkern, fachkundig berichteten die SPD-Gemeindevorte_ innen über ihre Arbeit. Da schmeckte



den über 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern das anschließende Essen gleich noch mal so gut.

GB

Tannenbaumschreddern 2.0

Rund 50 Langwedeler kamen am Samstag, dem 16. Januar, zum diesjährigen Tannenbaumschreddern des SPD Ortsvereins Langwedel bei Bratwurst und Punsch am Denkmal zusammen. Das Wetter hat mitgespielt. Kalt war's, aber weder Regen, Sturm noch Schnee haben die Gespräche zum neuen Jahr, das sportliche Kleinhacken der Bäume oder die Feueraktion gestört. Für Heiterkeit sorgten die skurrilen Transportvarianten der Tannenbäume. So wurde ein Baum beispielsweise per Kettcar angefahren.

Geschreddert wurde natürlich auch, aber nicht die Bäume, sondern Papiertannenbäume landeten in einem extra mitgebrachten Büroschredder.

Dazu sagte Ralf Spilker, Vorsitzender des SPD Ortsvereins: „2014 hat der Ortsverein alle Bäume des Ortes in Absprache mit dem AWR ge-



schreddert. 2015 musste das Baumschreddern wegen des extremen Wintersturms abgesagt werden. Wir konnten nicht wirklich einschätzen, wie hoch die Resonanz ist, so dass

wir den Großteil der echten Bäume in diesem Jahr ganz ohne Schredder kleingemacht- und einen kleinen Teil in unseren Feuerkorb gegeben haben“.

OV Langwedel

In der Dezember-Ausgabe des KREIS-INFO hatten wir über den außerordentlichen Kreispartei-tag in Altenholz berichtet. Ein Antrag zur Bekämpfung des Jokobskreuzkrauts hatte hier keine Mehrheit gefunden. Hierzu hat uns ein Leserbrief aus den antragstellenden Ortsverein Hohn erreicht:

Leserbrief zum Thema „Jacobs-Kreuzkraut“

Warum ist der Anbau von Hanf untersagt? Warum ist es verboten, Schlafmohn zu züchten? Weil diese Pflanzen Substanzen enthalten, die für den Menschen gesundheitsschädlich sind. Der Verbraucherschutz hat Vorrang vor Interessen von Cannabiskonsumenten, Biologen, Mohnliebhabern ... Warum ist dieses bei Jacobs-Kreuzkraut, dessen Pflanzengift für Paarhufer toxisch ist und sich in der menschlichen Leber über den Verzehr von belastetem Honig anreichert und für den Menschen ebenfalls extrem gesundheitsschädlich ist, anders? Hier müsste

m. E. der Verbraucherschutz einschl. dem Bestand unserer Imker und deren Bienen ebenfalls Vorrang vor

partiellen Interessen einzelner Käferfreunde haben.

Ulrich Kaminski, Hohn



Faire Handelsbeziehungen

Der Umgang mit den zu uns geflüchteten Menschen ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Europa müsste diese Aufgabe gemeinsam angehen und scheitert daran kläglich. Die Art und Weise wie die Diskussion inzwischen sowohl in Deutschland als auch in Europa geführt wird, ist erschütternd!

Eine in der Debatte regelmäßig erhobene Forderung ist die, besser die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen, statt den Flüchtlingen bei uns in Europa Aufnahme zu gewähren. Das klingt zunächst plausibel, ist aber doch nicht einfach. Schließlich sind unsere Möglichkeiten begrenzt, beispielsweise auf bewaffnete Konflikte in anderen Regionen der Welt einzuwirken. Was mich wirklich ärgert ist außerdem, dass die meisten Menschen, die auf die Notwendigkeit hinweisen, Fluchtursachen zu bekämpfen, es bei der reinen Forderung belassen.

Als Sozialdemokratin finde ich: Das kann nicht unser Anspruch sein! Wenn wir es Ernst damit meinen, Fluchtursachen angehen zu wollen,



Ulrike Rodust, MdEP

müssen wir nicht nur mehr Ehrgeiz in der Entwicklungszusammenarbeit zeigen, sondern auch unsere Handelspolitik fairer gestalten. Zurzeit verhandelt die EU mit westafrikanischen Ländern über künftige Kooperationen. Faire Handelsbeziehungen könnten ein gutes Mittel sein, unsere entwicklungspolitischen Ziele zu verfolgen, indem sie armen Ländern zu

mehr Wohlstand und Sicherheit verhelfen.

Dazu müssen die Partnerschaftsabkommen allerdings so gestaltet werden, dass mit ihnen auch regionale Wirtschaftsstrukturen gestärkt werden. Es darf nicht darum gehen, bloß Ressourcen abzuschöpfen. Die Europäische Kommission muss deswegen bei der Implementierung und Überwachung der Abkommen auch die afrikanische Zivilgesellschaft einbeziehen, Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutz in zukünftigen Abkommen festschreiben und der Ausbeutung sowohl der afrikanischen Staaten als auch der Menschen entschieden entgegenzutreten.

Auch bei meiner Arbeit im Fischereiausschuss gehtes aktuell vermehrt darum, Fischereipartnerschaftsabkommen so auszugestalten, dass sie sowohl den afrikanischen als auch den europäischen Staaten genügen.

Ziel der EU-Reformpolitik ist es, zukünftig wirklich nur die Überschüsse der jeweiligen Partnerländer abzufischen. Die neuen Protokolle richten die Fangrechte der EU deshalb an wissenschaftlich fundierten Grenzen für nachhaltige Fischerei aus. So wollen wir verhindern, dass EU-Schiffe



Um die externe Dimension der Fischereipolitik stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken und trotz des sperrigen Begriffs auch jungen Menschen nahe zu bringen, habe ich einen Comic zum Thema herausgegeben. Er ist auf meiner Website (www.ulrike-rodust.eu) abrufbar

mit den lokalen Fischern konkurrieren. Mit der gezielten finanziellen Unterstützung des Fischereisektors in den Partnerländern fördern wir zudem dort die Entwicklung einer nachhaltigen Fischerei.

Mir ist außerdem sehr wichtig, dass eine Menschenrechtsklausel in die Protokolle aufgenommen wurde und dass es einen eingebauten Ausset-

zungsmechanismus gibt, durch den die EU im Falle von Menschenrechtsverletzungen das Protokoll einseitig außer Kraft setzen kann.

Außerdem sagt die EU ihren Partnerländern mit dem Abkommen auch Unterstützung beim Kampf gegen illegale Fischerei zu, die besonders den Fischereisektor in weniger entwickelten Ländern schwächt.

Um die externe Dimension der Fischereipolitik stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken und trotz des sperrigen Begriffs auch jungen Menschen nahe zu bringen, habe ich einen Comic zum Thema herausgegeben. Er ist auf meiner Website abrufbar und kann über das Kieler Europabüro bezogen werden.

Ulrike Rodust, MdEP

Wir schaffen das? – Wir müssen das schaffen!

„Dieses Land, das vor achtzig Jahren für die schlimmsten Verbrechen des Jahrhunderts verantwortlich war, hat heute den Beifall der Welt gewonnen, dank seiner geöffneten Grenzen und der Großherzigkeit, mit der Sie die Flut von syrischen und anderen Flüchtlingen aufgenommen haben und noch aufnehmen.“

(Holocaust-Überlebende Ruth Klüger (84) Ende Januar 2016 im Deutschen Bundestag)

Wenn man dem aktuellen Deutschlandtrend glauben darf, wird die Stimmung in Deutschland langsam aber sicher eisig für Geflüchtete. 63 Prozent der Deutschen befürworten demnach eine Obergrenze für die Aufnahme von Geflüchteten, 53 Prozent wollen Grenzkontrollen zwischen den EU-Ländern, 12 Prozent würden die AfD wählen, wenn morgen Bundestagswahl wäre. Wie konnte es innerhalb weniger Monate zu diesem Stimmungsumschwung kommen?

Aufschluss darüber gibt eine andere Zahl: 81 Prozent meinen, die Bundesregierung habe „die Flüchtlingssituation“ nicht im Griff. Diese Sichtweise wird auch von den Medien befeuert, die nicht mehr überwiegend über das Elend in den Herkunftsländern der Geflüchteten oder über die beschämenden Ereignisse auf den Fluchtrouten berichten, sondern nun mehr die Probleme aufgreifen, die sich hier im Land bei der Bewältigung der Anforderungen ergeben.

1,1 Millionen Flüchtlinge sind 2015 in Deutschland registriert worden. Bei der Frage, wie viele hier tatsächlich auch einen Asylantrag stellen, gibt es „Unschärfen“ im sechsstelligen Bereich. Einige wollen nämlich gar nicht



MdB Sönke Rix im Gespräch mit Flüchtlingen beim Besuch in der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Rendsburg.

hier bleiben, für manche ist Deutschland nur Transitland zur Weiterreise in andere EU-Staaten, andere kehren vor einer Asylantragstellung in ihr Heimatland zurück.

Aber unabhängig von der genauen Zahl konnte doch niemand ernsthaft erwarten, dass bei der Aufnahme und Versorgung einer so großen Zahl von Flüchtlingen alles glatt über die Bühne geht. Wir mussten damit rechnen, dass es erhebliche organisatorische Probleme gibt oder dass Flüchtlinge Delikte begehen bis hin

zu den unfassbaren Vorkommnissen in der Silvesternacht in Köln. Das liegt zum einen daran, dass – wie Fachleute uns sagen – junge Männer (übrigens egal aus welchem Kulturkreis sie kommen) nun mal auf dumme Gedanken kommen, wenn man sie über längere Zeit in Erstaufnahmelager pfercht. Zum anderen kann nicht überraschen, dass unter 1 Million Menschen auch solche sind, die sich nicht an die Gesetze halten (wollen) – das soll ja auch unter „Inländern“ vorkommen ...



Aber auch die Bundesregierung selbst nährt den Eindruck, sie habe die Lage nicht im Griff. Das liegt zum einen daran, dass mit der CSU ausgerechnet eine Regierungspartei am lautesten Front gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung macht. Unter normalen Umständen hätte die CSU längst die Koalition verlassen müssen, hätte der Minister Dobrindt längst aus der Regierung geworfen werden müssen. Dazu kommt, dass der CDU-Innenminister nicht gerade den Eindruck erweckt, die Dinge zügig umsetzen zu wollen, die in sein Ressort fallen.

Aber hat deshalb die Regierung die Lage tatsächlich nicht im Griff? Ich meine: Nein! Spät, aber immerhin dann doch, haben sich die Koalitionsspitzen jetzt auf das Asylpaket II geeinigt. Vieles, was dort beschlos-


sen wurde, kann uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht gefallen. Manches ist integrationspolitisch vollkommener Unsinn. Ich denke da an die Aussetzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge, die nur sogenannten subsidiären Schutz bekommen, die Ausweitung der – angeblich – sicheren Herkunftsstaaten oder daran, dass Flüchtlinge sich an den Kosten für Sprach- und Integrationskurse beteiligen müssen.

Es kann jetzt aber endlich auch vieles umgesetzt werden, was den Flüchtlingen hilft und was dazu führen kann, dass die Lage sich entspannt. Darüber hinaus haben Bund und Länder die Erarbeitung eines abgestimmten Integrationskonzeptes für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive beschlossen. Nähere Informationen zur Flüchtlingspolitik finden sich auf

der Internetseite der SPD-Bundestagfraktion: <http://www.spdfraktion.de/themen/fluechtlingspolitik>

Mir zeigen die Zahlen des aktuellen Deutschlandtrends übrigens auch noch etwas anderes: Neuwahlen brächten keine neuen Mehrheiten. Deshalb gibt es zurzeit aus meiner Sicht keine Alternative zu dieser Regierung.

Ich bin nach wie vor der Meinung: Wenn die CSU ihre Oppositionspolitik aufgibt, dann schaffen wir das. Und wir müssen das auch schaffen, wenn wir unser Grundgesetz und die von uns mit unterzeichneten internationalen Abkommen zum Schutz von Flüchtlingen ernst nehmen.



Sönke Rix, MdB

Einladung zum Workshop

Erfolgreich arbeiten im Ortsverein!

12. März 10 - 14 Uhr

Rendsburg, Niederes Arsenal (VHS Rendsburg)

Themen des Workshops sind:

I. Der Ortsverein als Herzstück der SPD

- Werkzeuge der OV-Arbeit (z.B.: die interessante Mitgliederversammlung)
- Zusammenarbeit mit anderen Ortsvereinen und anderen Ebenen, insbesondere mit dem Kreis (Kreispartei und Kreistagsfraktion)
- Zusammenarbeit Ortsverein- Gemeindefraktion

II. Die Mitglieder im Ortsverein

- Aktive behalten
- Passive aktivieren
- Neue gewinnen

III. Unsere Vorstellungen öffentlich machen

- Aktionen
- Pressearbeit
- OV-Zeitungen, Webseite, Facebook

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Die Teilnahme ist kostenfrei. Es gibt einen kleinen Mittagsimbiss. Bitte gib bei der Anmeldung an, ob Du eine Gulaschsuppe oder eine Kartoffelsuppe (vegetarisch) wünschst.

RENSBURG-
ECKERNFÖRDE

SPD

Anmeldung bis spätestens 1. März an:
SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde,
Nienstadtstr. 10, 24768 Rendsburg
Telefon: 04331-4374602
E-Mail: kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de